

KOMMENTAR



Sitzungsfrust Unzumutbare Marginalien

VON JÜRGEN BOHLKEN

Im Bundestag käme wohl kaum ein Abgeordneter auf die Idee, das Fehlen von Beschlussvorlage XY lang und breit zu beanstanden. Warum nicht? Weil die Öffentlichkeit solche gähnend langweiligen Marginalien schlicht und ergreifend nicht wissen will.

Gespür für das, was für die Bürgerinnen und Bürger von Belang ist, sollte der Samtgemeinderat eigentlich haben. Dort aber pflegen die Grünen weiterhin das Ritual, sich über nicht erwähnte Wortmeldungen in Sitzungsprotokollen, lückenhafte oder zu spät erhaltene Beratungsvorlagen und dergleichen aufzulegen. Über Dinge, die sich mit etwas gutem Willen auf kurzem Weg zwischen Politik und Verwaltung ausräumen lassen müssten.

Nicht zuletzt wegen Banalitäten dauerte es am Donnerstag sage und schreibe 50 Minuten, ehe der Samtgemeinderat in die Tagesordnung einsteigen konnte. Dass bei insgesamt dreistündigem Verbleib von 14 Anwesenden in einem zugegebenermaßen großen Raum – Abstand hin, Maskenpflicht her – ein Corona-Ansteckungsrisiko bestand, spielte offenbar keine Rolle. Das zeugt von einer Rücksichtslosigkeit, die fassungslos macht.

Die Presse musste notgedrungen „in Präsenz“ ausharren, während die Damen und Herren Politiker die Option hatten, sich in die Videokonferenz einzuloggen. Genau diese Ungleichbehandlung wollten die Grünen und die SPD zwar ändern, aber sie war eben nicht geändert, und die nachfolgenden Abstimmungen über die Neufassung der Hauptsatzung ließen erahnen: Daran ändert sich so schnell nichts.

Warum muss die Öffentlichkeit dann auch noch in einem zugespitzten, kritischen Stadium der Pandemie mit besorgniserregend ansteckenden Virusmutanten 50 Minuten lang „in Präsenz“ einen Sitzungsverlauf erleben, der in puncto Spannung von jedem Singvogelkonzert in früher Morgenstunde mühselos übertroffen wird?

Der Ratsvorsitzende hatte mit der Leitung der für ihn neuen Hybridsitzung genug zu tun. Jedes Ratsmitglied aber sollte sich fragen, ob es das Infektionsrisiko nicht gebietet, sich in Sitzungen auf das zu beschränken, was wirklich wichtig ist.

KURZ NOTIERT

67 Blutspender in Colnrade

Colnrade – Ausgesprochen dankbar für die gute Beteiligung an der jüngsten Blutspendeaktion im Colnrader Dorfgemeinschaftshaus ist die DRK-Gruppe Colnrade. 67 Frauen und Männer ließen sich „Lebenssaft“ entnehmen, fünf davon zum ersten Mal. Ihre 40. Blutspende leisteten Werner Ohlendeck und Gerold Lindemann.

Spatenstiche für eine neue Zukunft

Haus California soll bald eine Senioren-Wohngemeinschaft beherbergen

VON HOLGER RINNE

Beckstedt – Sieben Leute, sechs Spaten und Schaufeln: Investorin Rita Lindemann machte, unterstützt von ihrem Mann Gerrit, am Donnerstag den ersten symbolischen Spatenstich zum Umbau des historisch wertvollen Hauses California, das bald eine Senioren-Wohngemeinschaft beherbergen soll. Ihr zur Seite standen die beiden Geschäftsführer des ausführenden Bauunternehmens, Rainer Burlager und Cedric Kriegel, sowie die Architektin Astrid Greve und die Inhaberin des Pflegedienstes Curatus, Corinna Dullin.

Wenn Steine erzählen könnten, hätten sie viel über das 138 Jahre alte Gebäude zu berichten. 1883 errichtete Gerhard Heinrich Rövekamp die Gaststätte mitten im Ortskern von Beckstedt. Zuvor hatte Onkel Henri, wie er im Ort genannt wurde, ein Vermögen mit den Glücksrittern des Goldrausches auf dem Neuen Kontinent gemacht. Allerdings nicht als Goldschürfer, sondern mit Dienstleistungen, wie Rita Lindemann betont.

Zwischenzeitlich waren an der Adresse Im Dorfe 1 die Poststelle, ein Kolonialwarenladen und zuletzt ein Gewerbebetrieb untergebracht. „Bis 1972 hatte die Gaststätte einen der größten Säle in der Region“, betonte der Schwiegersohn der Bauherrin, Matthias Grau. „Heimat- und Schützenverein wurden hier gegründet. Das Schützenfest fand hier statt. Ich kann mich noch an die bis spät in die Nacht lautstark feiernden Schützen erinnern“, ergänzte die Investorin. Nach erheblichen Sturmschäden als Folge des Orkans von 1972 wurde der Saal abgerissen. Nachdem Magdalene und Manfred



Für dieses Projekt griffen sie gern zu Spaten und Schaufel: Corinna Dullin, Rainer Burlager, Cedric Kriegel, Rita und Gerrit Lindemann, Astrid Greve und Anne Wilkens-Lindemann (von links).

Rövekamp im Januar 2019 kurz nacheinander starben, übernahm Tochter Rita das Gebäude.

Abriss und Neubau wären womöglich die einfachste Lösung gewesen. Doch das kam für Rita Lindemann nicht in Frage: „Ich habe etwas gesucht, um das Haus zu erhalten.“ Nach und nach wuchs der Gedanke, aus dem Gebäuderaum eine Wohngemeinschaft für Senioren zu machen.

Zwölf Wohneinheiten sollen entstehen

Insgesamt zwölf Wohneinheiten mit je einem 23 Quadratmeter großen Wohn- und Schlafbereich sowie einem eigenen Badbereich sollen entstehen. Acht davon befinden

Das Schützenfest fand hier statt. Ich kann mich noch an die bis spät in die Nacht lautstark feiernden Schützen erinnern.

Rita Lindemann

sich nach Fertigstellung im alten Gebäude; vier werden in einem neuen Anbau geschaffen. „Alle Wohnbereiche sind barrierefrei“, unterstrich Architektin Astrid Greve. Die größte Herausforderung bestand nach ihren Angaben darin, ein neues Treppenhaus samt Fahrstuhl einzufügen, ohne den Charakter und Charme des Gebäudes zu zerstören. Im ehemaligen Kuppelsaal des Obergeschosses befinden sich noch Wandmalereien aus der Gründerzeit, die zum Teil auch erhal-

ten werden sollen. Die Bewohner sollen selbstbestimmt leben und ihren Tag frei gestalten. Es werden sowohl Gemeinschaftsbereiche geschaffen als auch großzügige Freianlagen.

Anfragen gibt's schon reichlich

Jeder Wohnbereich verfügt über einen eigenen Balkon oder eine Terrasse. Der alte Gastraum bleibt erhalten. Hinter dem Garten möchte Familie Lindemann auf ei-

nem rund zwei Hektar großen Außenbereich für die Senioren hofeigene Tiere halten. Wer pflegebedürftig ist, kann die Dienste des Pflegepartners Curatus in Anspruch nehmen.

Es gibt bereits reichlich Anfragen, so Lindemann. „Häufig entsteht der Bedarf aber auch erst kurzfristig“, verweist Corinna Dullin von Curatus darauf, dass die Chance auch im Herbst noch gegeben ist, eine der begehrten Wohneinheiten zu ergattern. Ende des Jahres sollen die ersten Bewohner einziehen.

„Die Gemeinde Colnrade ist sehr froh über dieses Projekt. Es ist das erste dieser Art in unserer Gemeinde“, freute sich Bürgermeisterin Anne Wilkens-Lindemann.

Kein Online-Sitzungszugang „für alle“ in Sicht

Rechtliche Voraussetzungen fehlen: Die Hauptsatzung bleibt erst einmal, wie sie ist

VON JÜRGEN BOHLKEN

Harpstedt – Die Bedenkenräger saßen in den Reihen von CDU und Harpstedter Bürgerliste (HBL). Die Vorstellung, dass Zuhörer aus der Einwohnergemeinschaft sich online in Samtgemeinderats- oder Ausschusssitzungen einloggen können und womöglich zu Hause heimlich Bild- und Tonmitschnitte machen, missfiel ihnen. Das Ergebnis könnte sein, in einem illegalen Youtube-Video öffentlich bloßgestellt zu werden. Mariko Kleinert (CDU) musste an die Hausfrau Regina Zindler aus Auerbach denken, die sich einst sächselnd mit einem vermeintlich aus dem Zusammenhang gerissenen Wort in Stefan Raabs Titel und Musikvideo „Maschen-Draht-Zaun“ wiederfand.

Heute sind Verunglimpfungen und Persönlichkeitsrechtsverletzungen in den sozialen Netzwerken an der Tagesordnung. Zwar gibt es Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, aber das kann sich hinziehen. Und selbst wenn's zum Erfolg führen sollte, bliebe ein womöglich nicht mehr zu behobender Schaden. Denn das Internet vergisst bekanntlich nicht.

Das aber ist nur die Keh-

seite der Medaille. Genauso gute Argumente gibt es für die Online-Teilnahme an Sitzungen – gerade jetzt, in der Pandemie, und auch generell: Über Videokonferenzen könnte deutlich mehr öffentliches Interesse der Einwohnergemeinschaft für die Arbeit der Mandatsträger geweckt werden.

Solche Vorteile rückten Grüne und SPD am Donnerstagabend während der Samtgemeinderats-Hybridsitzung in der Oberschule Harpstedt in den Fokus. Teile der CDU verschlossen sich ihren Argumenten nicht komplett, sahen aber viele noch ungeklärte Fragen.

„Wir müssen erst einmal ein technisches Konstrukt haben, wie wir das händeln wollen“, äußerte sich Günter Wöbse (CDU). Keiner, „der hier in den Sitzungen ein offenes Wort spricht“, dürfe einen Nachteil haben. Stefan Wachholder (CDU) malte sich aus, was wohl wäre, wenn ein Ausspruch wie „Hol mir mal 'ne Flasche Bier“ aufgezeichnet und in irgendeinem Video eingebaut würde, das dann im Internet Anlass zu Kritik oder Belustigung gäbe.

„Solche Dinge können euch doch schon passieren,

wenn ihr zum Schützenfest geht. Ich habe hunderte Erfahrungen – vom Ausmarsch, den Korporalen, den Reden, die gehalten werden, und so weiter. Davon ließe sich ein wunderbarer Gimmick über jeden, der hier sitzt, ins Internet stellen. Wir leben in einer Zeit, in der wir öffentlich filmbar sind, wenngleich jeder Mensch das Recht am eigenen Bild und Ton hat“, erwiderte Saskia Kamp. Gewählte Mandatsträger seien öffentliche Personen. Kamp warb dafür, diese Rolle im Interesse von mehr Transparenz anzunehmen. Und selbst wenn mal ein Redebeitrag mit einem Stottern oder einem Ringen nach dem richtigen Wort mitgeschnitten würde: „Solche Dinge machen uns doch nur menschlich.“

Das sah Horst Hackfeld (HBL) völlig anders: „Wir wissen ganz genau, wie viel Mist in der medialen Welt gemacht wird, und sollten uns davor schon ein bisschen schützen.“ Als entschiedener Gegner des Onlinezugangs „für alle“ outete sich ebenso Willi Beneke (CDU).

Der Schlüssel zu dieser Form der Teilhabe liegt in der Hauptsatzung. Dort bedürfte es einer Neuregelung zum

Umgang mit Bild- und Tonaufnahmen in Sitzungen. Die Grünen wollten per Antrag die nötigen Weichenstellungen erwirken. Der Zeitpunkt schien günstig. Zur Diskussion stand ohnehin eine Satzungsneufassung aufgrund erforderlicher inhaltlicher Anpassungen und im Interesse einer besseren Lesbarkeit.

Das Ergebnis der Beschlussfassung fiel durchaus überraschend aus: Es bleibt bei der Hauptsatzung in ihrer jetzigen Form.

Die von der Verwaltung erarbeitete Neufassung ging weder mit den Änderungsvorschlägen der Grünen noch ohne diese durch. Beide Varianten hätten nur mit Zustimmung von über 50 Prozent der stimmberechtigten (nicht der 24 anwesenden) Ratsmitglieder beschlossen werden können. Heißt: Es hätte mindestens 14 Fürstimmen bedurft. Für die Fassung mit den Änderungsvorschlägen der Grünen kamen aber nur elf zusammen – und für die „ohne“ lediglich zwölf. Damit ist das Thema erst einmal wieder vom Tisch.

„Die Hauptsatzung sehe ich ein bisschen wie das Grundgesetz unserer Samtgemeinde. Wir sollten sie nicht leichtfertig, sondern nur mit

ganz breiter Mehrheit verändern“, gab Stefan Wachholder (CDU) gegenüber denen zu verstehen, die vielleicht ein wenig darauf spekuliert hatten, im Abstimmungsergebnis vom Fehlen einiger Ratsmitglieder profitieren zu können.

In der Hauptsatzung die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jeder Bürger die Zugangsdaten für Beratungen per Videokonferenz erhalten kann, hieße noch lange nicht, „dass wir das Knall auf Fall durchziehen“, stellte Regina Hunte-mann (Grüne) klar. Doch die Reihenfolge schmeckte Mariko Kleinert (CDU) nicht. Seine Empfehlung: „Erst den rechtlichen und technischen Rahmen prüfen – und dann die Satzung ändern.“

Heinz Jürgen Greszik (SPD) widersprach: Erfahrungswerte mit Ton- und Bildaufzeichnungen zu sammeln, wäre doch überhaupt erst möglich, wenn „die Hauptsatzung so etwas vorsieht“.

Je mehr Leute „mitgucken können, desto mehr werden verstehen, warum wir was wie entscheiden“, argumentierte Irene Kolb (Grüne). Ihre Überzeugung: „Die Vorteile überwiegen definitiv.“

KURZ NOTIERT

Wöbse wirft Hut in den Ring

Harpstedt – An seiner Nominierung als CDU-Kandidat zur Bürgermeisterwahl zweifelt kaum jemand mehr. Sicher ist: Herwig Wöbse wirft zum zweiten Mal seinen Hut in den Ring. Er bewirbt sich für weitere fünf Jahre um das Amt des Samtgemeindebürgermeisters und stellt sich im September dem Votum der wahlberechtigten Einwohner. Das kündigte er am Donnerstag im Samtgemeinderat an. Die Samtgemeindevorstandung wird sein allgemeiner Vertreter Ingo Fichter übernehmen – mit Andreas Gralheer als Stellvertreter. Fragen zur zweiten Kandidatur hat unsere Zeitung Wöbse gestellt. Die Antworten sollen am Wochenende kommen.

Freibad: Kein Geld vom Bund

Harpstedt – Die Samtgemeinde Harpstedt kauft für die Technikkellersanierung und andere Maßnahmen im Rosenfreibad kein Geld aus einem Bundesprogramm. Die eingereichte Projektskizze hat keine Berücksichtigung gefunden. Das Förderprogramm war nach Angaben von Amtshof-Chef Herwig Wöbse siebenfach überzeichnet. Einem Antragsvolumen von rund 2,8 Milliarden Euro standen nur 400 Millionen Euro im „Fördertopf“ gegenüber.

Bauhof: Ausschreibung für Teilzeitkraft

Harpstedt – Den Sperrvermerk im Haushalt für die verwaltungsseitig gewünschte zweite Bauingenieursstelle hat der Samtgemeinderat mehrheitlich aufgehoben. Ausgeschrieben werden soll nun eine Teilzeitstelle (Bauingenieur, Bautechniker oder Handwerksmeister) mit bis zu 25 Stunden Wochenarbeitszeit. Götz Rohde kündigte für die Grünen die schriftliche Beantragung einer Personalbedarfsanalyse an. Verwaltungschef Herwig Wöbse hatte damit kein Problem. Er begrüßte eine solche Analyse sogar. Die etwaige Rückgabe der Sozialamtsaufgaben an den Landkreis flog auf CDU-Antrag von der Tagesordnung. Der Rat hätte zwar darüber beraten können, aber nicht beschließen dürfen. Grund: Die Vorberatung durch den Samtgemeindevorstand fehlt; der SGA hatte das Thema vertagt. Nicht in Sicht ist eine Entscheidung über die etwaige Übertragung der Bauhof-Aufgaben an den Zweckverband Kommunal-Service NordWest. Der Ratsbeschluss dazu fällt kurz und knapp aus: Die Kosteneffizienz des Samtgemeindebauhofes soll geprüft werden. Heinz-Jürgen Greszik (SPD) scheiterte knapp (11:13) mit einem detaillierteren Antrag, der unter anderem auch die Option Abgabe an den Kommunal-Service geprüft haben wollte.

Kontakt

Redaktion Harpstedt (0 44 31)
Jürgen Bohlken 9 89 11 42
Telefax 04244/96 53 173
redaktion.wildeshausen@kreiszeitung.de

Bahnstraße 13, 27793 Wildeshausen

Ratssitzung in Kirchseele: Anmeldepflicht für Zuhörer

Kirchseele – Wegen der Coronapandemie und der damit verbundenen Vorschriften

muss der Zugang der Öffentlichkeit zur Sitzung des Kirchseelter Rates am Mitt-

woch, 31. März, 19.30 Uhr, im Kirchseelter Dorfgemeinschaftshaus eingeschränkt

werden. Wer als Zuhörer teilnehmen will, ist aufgefordert, sich bei Bürgermeister

Klaus Stark (Telefon 04206/413 816) oder online (www.kirchseele.de) anzumelden.